

# Geschichte von unten

## 1. Die Novemberrevolution in Braunschweig

Die Revolution 1918 sprengte nicht nur die Fessel der Feudalherrschaft, sie beendete auch den Ersten Weltkrieg, und die revolutionäre Arbeiterschaft vertrieb den Adel. Die sozialistische Republik Braunschweig wird ausgerufen. Die revolutionären Prozesse heben die Weimarer Republik aus der Taufe. Auch wenn bereits viel darüber geschrieben worden ist, müssen diese Zusammenhänge immer wieder hervorgehoben werden, denn in ihnen spiegeln sich nicht nur die Zeit des Umbruchs, sondern auch die Bewusstheit der Menschen, die diese Prozesse maßgeblich vorangetrieben haben. Um sie, ihr politisches Vorwärtsdrängen, ihre Ziele soll es hier gehen.

Träger\*innen des revolutionären Prozesses waren in Braunschweig Mitglieder des „Bildungsverein jugendlicher Arbeiterinnen und Arbeiter“, dem unter anderem angehörten: August Merges, Minna Faßhauer, Robert Gehrke, Hermann Wallbaum, Hermann Bode, Paul Gmeiner, Anna Beddies, Walter Römling, Rudolf und Martha Claus, Hermann Behme.

August Merges wird vom Arbeiter- und Soldatenrat zum Präsidenten der sozialistischen Republik Braunschweig und Minna Faßhauer zur Volkskommissarin für Volksbildung gewählt. Das erste Mal in der deutschen Geschichte bekleiden Menschen aus der Arbeiterklasse führende Ämter. Unter der Verantwortung von Minna Faßhauer wurden als erste Maßnahme zwei Gesetze auf den Weg gebracht, deren Grundlagen bis heute gelten:

- sie befreite die Schulen von der Oberhoheit und Weisungsbefugnis der Kirche
- sie schaffte die gesetzliche Grundlage für Volksschulen und weltliche Einheitsschulen, an denen die Geschlechtertrennung aufgehoben wurde.

Sie verbannte die Kriegs- und Fürstenverherrlichung aus Schulbibliothek und Unterricht und ersetzte die Kriegs- durch Kulturgeschichte.

Die Besetzung der Ämter ist Ausdruck des Vertrauens in die Aktivsten der Zeit:

### **Es lebe die sozialistische Republik!**

Der Arbeiter- u. Soldatenrat: **Gusar Emil Schük**      Der Präsident der sozialistischen Republik: **August Merges**

Die Volkskommissare:

Innere und Finanzen: **Sepp Derier**      Revolutionäre Verteidigung: **Obermatrose Rosenthal**

Verkehr und Handel: **Michael Müller**      Recht: **August Junke**      Ernährung: **Gustav Gehele**

Arbeit: **Karl Eckardt**      Volksbildung: **Fran Faßhauer**      Stadt Braunschweig: **August Weisemeier**

Gesetze, die die Arbeitsbeziehungen und -bedingungen der industriellen Fertigung regelten, wurden durch die Novemberrevolution erkämpft und haben bis heute Bestand:

- Beseitigung der Gesindeordnung und damit Beseitigung personenbezogener Herrschaft und Willkür
- Einführung der Arbeitszeitverordnung am 23.11.1918 / Einführung des Acht-Stunden-Arbeitstages
- Einführung von Erwerbslosenfürsorge und Arbeitslosenhilfe durch Verordnung am gleichen Tage
- Tarifvertragsverordnung vom 23.11.1918, d.h. Vorrang des Tarifvertrags vor Einzelarbeitsvertrag
- Generelle Notwendigkeit der Bildung von Arbeiterausschüssen (23.11.1918)
- Anerkennung der Gewerkschaften als Vertreter der abhängig Beschäftigten
- Koalitions- und Versammlungsfreiheit
- Kündigungsschutz, Arbeitsschutzbestimmungen, Mutterschutz
- Abschaffung der Zensur

Bereits am 17. Dezember 1918 veröffentlichte die Presse und Propagandaabteilung des Arbeiter- und Soldatenrates Braunschweig einen Aufruf, in dem es hieß, dass der Arbeiter- und Soldatenrat (ASR) in Braunschweig Unterrichtskurse durchführen werde, und zwar in den Fächern

1. Sozialistische Weltanschauung
2. Elementarfächer
  - a. Rechnen
  - b. Rechtschreiben und Sprachlehre, Stilistik
  - c. Fremdsprachen: englisch, französisch und russisch, Konversation und Grammatik
  - d. Zeichnen: Spezialisierung nach Bedarf, Freihandzeichnen, gewerbliches Zeichnen, Modellieren usw.

Ziel war, das Bildungsniveau der Arbeiterklasse zu heben und sie kulturell in den Stand zu setzen, die soziale Macht zu übernehmen und auszuüben. Endzweck: Aufhebung jeder Klassenherrschaft. Die Zweiteilung der Unterrichtskurse in sozialistische Weltanschauung und Ausbildung in Fach- und Allgemeinbildung entsprach sowohl dem Willen ihrer Organisatoren zu sozialistischem Klassenbewusstsein zu erziehen, als auch der proletarischen Jugend das Nachholen vorenthaltenen Schulstoffs zu ermöglichen. Die Unterrichtsstunden wurden oft gekürzt „durch die eiserne Notwendigkeit der Herstellung von Kriegsbedarf für den Imperialismus“ Hierfür wurden vom ASR 1.000,- M bewilligt. Darüber hinaus unterhielt die Presse- und Propagandaabteilung des ASR eine „Redner-“ bzw. „Referentenschule“.

Im Januar 1919 reißen die Veröffentlichungen über die Unterrichtskurse ab. Es kann angenommen werden, dass nach dem Verzicht auf eine weitere Kandidatur von August Merges und Minna Fasshauer 1919 und der schrittweisen Zurückdrängung des Einflusses des Arbeiter- und Soldatenrates die Kurse eingestellt wurden.

Die Frage, warum gerade der ASR Braunschweig und das Volkskommissariat für Volksbildung – das sich vom ersten Tag seines Bestehens bis zum 22. Febr. 1919 auch intensiv mit Schulproblemen, vor allem der Fortbildungsschule befasste – sich so intensiv mit der Arbeiterbildung beschäftigte, ist aus der Tradition der „Radikalen“ in Braunschweig erklärbar. Die treibenden Kräfte der linken Opposition in der SPD nach 1914 und der Revolutionäre des November 1918 entstammten zum großen Teil der sozialistischen Arbeiterjugendorganisation Braunschweigs, die wegen des wilhelminische Vereinsgesetzes als Bildungsverein getarnt, 1907 gegründet worden war. Ebenso wie die Volkskommissarin für Volksbildung Minna Fasshauer entstammte der überwiegende Teil der Volkskommissare und Arbeiter- und Soldatenräte diesem „Bildungsverein“ (...)

Die Bildungspolitiker der Kommunistischen Partei und des linken Flügels der USPD hielten an der schon im „Kommunistischen Manifest“ vertretenen Position fest, dass (...) nach der proletarischen Revolution der Staat „des als herrschende Klasse organisierten Proletariats“ sein werde.

(MAB, Informationen-Sonderheft 1, Thomas Ferber „Sozialistische Arbeiterbildung“)

### **Ziel: Räterepublik**

Die Ergebnisse der Novemberrevolution galt es weiter zu vertiefen und auszubauen. Auch der politische Überbau musste neu organisiert werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Braunschweig hatte konkrete Vorstellungen, die er durchgesetzt wissen wollte. Sie waren Resultat der Erfahrungen, die die Arbeiterschaft unter der Knute von Adel und Klerus gemacht hatte, und jahrzehntelange diskutiert und formuliert worden.

Nahziel war die Errichtung einer sozialistischen Staats- und Wirtschaftsordnung im Land Braunschweig. Im Februar/März kommt es zu dem Versuch, die „Räterepublik Braunschweig“ auszurufen, was zu diesem Zeitpunkt als lokale Forderung keinen Erfolg hat.

Robert Gehrke (Spartakusgruppe) berichtet über einen Brief von Eugen Leviné (10.05.1883-05.06.1919, KPD-Politiker, hingerichtet im April 1919 in München):

Werte Genossen,

*für uns ist selbstverständlich die lokale Form der Bildung von Räterepubliken nicht die ideale Form. Aber wir stehen hier wie bei dem Gesamten vor der Tatsache, daß wir die Bewegung so nehmen, wie sie kommt. Wir haben aber die Bewegung nur dann in die Hand zu nehmen, wenn sie auf das hinausläuft, was wir unter Räteregierung und Räte-system verstehen, d.h. es darf kein Kuddelmuddel von Führern sein, die sich auf den „Boden des Räte-systems stellen“, das sie gestern noch verrieten. Die Bewegung muß von unten auf sein. (...)*

*Wir empfehlen als positive Forderung:*

- 1. Sofortige Bewaffnung des Proletariats und Aufstellung von Cadern.*
- 2. Entwaffnung der Bourgeoisie, Internierung der Offiziere.*
- 3. Besetzung und Sozialisierung der Banken, industriellen Großbetrieben und des Großhandels.*
- 4. Unterdrückung der bürgerlichen und mehrheitssozialistischen Presse.*
- 5. Entfernung aller Personen aus führender Stellung, die bisher zu den Mehrheitlern gehörten oder als Unabhängige mit ihnen praktizierten.*
- 6. Aufstellung eines Agrarprogramms und die genossenschaftliche Bewirtschaftung der Domänen.*

*Klar sei, ...“daß die Bewegung nur von Erfolg sein kann, wenn sie von ganz Deutschland aufgenommen wird. (...) Wir könnten aber ganz allgemein für ganz Deutschland nicht dazu auffordern, weil wir nicht feststellen können, inwieweit anderswo die Lage reif ist und die Bewegung einen schweren Rückschlag erleiden würde, wenn zu früh losgeschlagen würde und wir zu solchen Revolutionswirren (wie etwa in München) auffordern würden“.*

Das Original dieses Briefes ist 1933 bei Robert Gehrke von der SS mit vielen anderen Materialien, darunter drei Briefe von Wilhelm Bracke, beschlagnahmt und verbrannt worden. Lediglich die hier wiedergegebene Abschrift blieb erhalten.

(Blätter zur Geschichte der niedersächsischen Arbeiterbewegung, Nr.1/Aug. '80, hrsg von der Geschichtskommission der DKP Niedersachsen)

## **Gründung der KPD in Deutschland**

(„Blätter zur Geschichte der niedersächsischen Arbeiterbewegung“ Nr. 4/April 1982, hrsg. von der Geschichtskommission der DKP Niedersachsen)

Auf dem Höhepunkt erbitterter Klassenauseinandersetzungen wurde am 30. November 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet. Erschienen waren 100 Vertreter von Spartakusgruppen und linker Kommunisten aus allen Teilen Deutschlands. Die Gründung der KPD – in Braunschweig im März 1919 - war das Ergebnis des jahrzehntelangen Ringens der deutschen Arbeiterklasse, begründet auf den wissenschaftlichen Erkenntnissen von Marx und Engels.

Mit der Herrschaft der Großkonzerne über Staat und Gesellschaft begann eine neue Epoche gewaltiger Klassenkämpfe. Diese nahmen in Braunschweig ihren Anfang in den großen antimilitaristischen Auseinandersetzungen, die 1916 begannen und bereits Ergebnisse der Tätigkeit der hinter Liebknecht stehenden Linken waren. Sie waren der Kern der späteren Spartakusgruppe.

Führende Mitglieder waren: Karl Stegmann, Carl Eckard, Albert Genzen, Michael Müller, Heinrich König, August Wesemeier, August Merges, Arno Krosse, Robert Wiebold, Robert Kugelberg, Henri Brennecke, Rudolf Sachs, Heimbart Tappe, Robert Gehrke, Otto Fischer, Paul Gmeiner. Das Verdienst dieser Gruppe war es, daß Braunschweig ein Zentrum des antiimperialistischen Kampfes wurde.

## **...und in Braunschweig**

Der „Sparzwangstreik“ der Lehrlinge und Jungarbeiter und der Streik gegen die Verurteilung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg 1916 sowie der Generalstreik 1917 in Braunschweig waren die herausragenden Aktionen, organisiert von der Gruppe Spartakus. Diese Streiks waren die Voraussetzungen für die Formierung revolutionärer Kräfte und die Hinführung zur Novemberrevolution.

Die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs und die dadurch ausgelösten verstärkten Unruhen führten u.a. dazu, daß in Braunschweig die KPD erst im März 1919 gegründet wurde. Als die konterrevolutionären Truppen Maerckers zum Marsch auf Braunschweig rüsteten, wurde die Gründung der KPD in der Stadt konkret in Angriff genommen.

An der Gründungsberatung nahmen teil: Robert Wiebold, Walter Wehe, Fritz Rück, Paul Gmeiner, Rudolf Claus, Robert Gehrke, Arno Krosse, Paula Koch, Fritz Siemann und Rudolf Sachs. Beschlossen wurde, für den 25. März 1919 eine Versammlung einzuberufen. Von den 400 Teilnehmer\*innen trat ein großer Teil sofort der KPD bei. Dies ist der Gründungstag der KPD in Braunschweig, hervorgegangen aus der Gruppe Spartakus.

1920 zählt die KPD nach dem Vereinigungsparteitag mit der USPD in Braunschweig über 1.000 Mitglieder. Erleichtert wurde diese Annäherung der linken Kräfte nach der erfolgreichen Abwehr des Kapp-Putsches und der weiteren Versuche, die politischen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft zu beschneiden.

### **Räterepublik oder Parlamentarismus?**

Im Bericht über den Gründungsparteitag ist das Konzept für eine Räterepublik zu finden, das in ganz Deutschland diskutiert wurde, weil sie den jahrzehntelang diskutierten Vorstellungen der Arbeiterschaft entsprach, die die Republik so organisiert sehen wollte:

**Betriebsräte**, die im Einvernehmen mit den **Arbeiterräten** die inneren Angelegenheiten der einzelnen Betriebe ordnen, die Arbeitsverhältnisse regeln, die Produktion kontrollieren und schließlich die Betriebsleitung übernehmen. Im Entwurf einer Berliner Kommission sollte ferner für jedes zusammenhängende Wirtschaftsgebiet ein

**Bezirkswirtschaftsrat** gebildet werden, der in allen Fragen, die die Arbeitsverhältnisse und die Kontrolle der Produktion und des Handels im Bezirk betreffen, selbständig zu entscheiden hat. Ein

**Zentralwirtschaftsrat** für das Reich hätte namentlich die Kontrolle der Rohstoffproduktion und des Außenhandels und die Belieferung der einzelnen Industrien mit Arbeitsmitteln vom Standpunkte der Überleitung zur sozialistischen Wirtschaft.

Um die Schärfe der Auseinandersetzungen in den folgenden Monaten und Jahren zu begreifen ist es wichtig zu wissen, wie breit aufgestellt die Arbeiterschaft war, wie bewusst sie ihren Alltag in Forderungen fasste, wie sie sich politisierte und sich die Welt ohne Adel und Klerus dafür aber selbstorganisiert vorstellte.

Die Arbeiterschaft sah in dieser Form der direkten Demokratie ihre Rechte glaubwürdiger garantiert als sie das im Parlamentarismus erkennen konnte. Nicht Abschaffung sondern mehr Demokratie war das Ziel - auch von Minna Faßhauer. Als klar wurde, daß eine Mehrheit im Landtag mit der Minderheit des Bürgertums gegen die Forderung der Arbeiterschaft nach einer Räterepublik und für den Parlamentarismus stimmen wird, zog sie die Konsequenzen:

• Frau Faßhauer scheidet aus dem Landtag aus. Die Landtagsabgeordnete Frau Minna Faßhauer in Braunschweig hat ihren Auftrag zur Landesversammlung niedergelegt. An ihre Stelle ist als nächster Anwärter von der Liste der unabhängigen Sozialdemokratie der Schlosser Otto Fischer in Braunschweig getreten.

Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger, 8. März 1919

Die Maercker-Truppen marschierten 1919 auf Befehl Eberts und Noskes im Land Braunschweig ein, zerschlugen die Revolution und ihre Ziele mit Militärgewalt und verfolgten die Revolutionäre.



Gefangengenommene Revolutionäre, wahrscheinlich Ecke Bohlweg/Steinweg

Die Novemberrevolution blieb unvollendet, denn sie ließ die Besitzverhältnisse unberührt.

Das Kräfteverhältnis verschob sich zu Ungunsten der Arbeiter\*innenbewegung. Die Reaktion erstarkte.